

es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zur Zeit können wir sehr viel über die Welt-Finanzkrise in der Presse lesen oder uns jeden Abend dazu diverse Sendungen im Fernsehen anschauen.

In den letzten Monaten und Wochen wurde aber durch die Euro-Krise und die besondere Situation in Griechenland deutlich, dass wir mitten in einer Schuldenkrise in Europa stecken. In der gleichen Lage sind ja nicht nur Griechenland, sondern alle, die über ihre Verhältnisse gelebt haben. Schuld sind die Banken, nur nicht der, der für die Verschuldung verantwortlich war und ist.

Das rächt sich nunmehr.

Bei uns, den Kommunen in NRW, gibt es eine vergleichbare Situation. Wir haben durch die auf uns überwältigten Sozialkosten insbesondere durch den Bund und durch die Unterfinanzierung durch das Land strukturelle Defizite angehäuft. Jedes Jahr fehlen mittlerweile rd. 2,85 Mrd. Die Kassenkredite sind dadurch auf über 21 Mrd in NRW angestiegen.

Nur 8 der 396 NRW-Kommunen können 2012 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

34 Kommunen sind überschuldet.
165 befinden sich in der Haushaltssicherung,
davon haben 138 kein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept.
65 haben ihre Ausgleichsrücklage verbraucht.

Diese Aussagen hat der BM bei der Einbringung des Haushalts in Folien uns bereits aufgezeigt. Eine andere Folie zeigt auf, wie wir (der Rat der Stadt Brakel) in den vergangenen Jahren kontinuierlich die Verschuldung unserer Stadt zurückgeführt haben. Von 8,1 Mio. 1997 auf 4,5 Mio. 2011. Zudem war es uns gelungen eine Ausgleichsrücklage von rd. 7,4 Mio. zu erwirtschaften. Erst im letzten Jahr mussten wir durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage rd. 3,8 Mio. € entnehmen. Und dass trotz sprudelnder Steuereinnahmen. Wahrlich keine rosigen Erkenntnisse.

Kernbotschaft lautet daher weiterhin investieren wo nötig - sparen wo möglich.

Der Verwaltungsvorschlag 2012 versucht dieser Kernbotschaft gerecht zu werden. Trotzdem bestehen finanzielle Unsicherheiten, die eine Erhöhung der Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage erforderlich werden lassen. Und zwar:

Höhe der Gewerbesteuererinnahmen,
Personalkosten,
Beschlüsse des Haupt und Finanzausschusses zum Haushalt 2012,

Falls keine Mehrheit zur Anhebung der Steuern zustande kommt.
Eventuell notwendig werdender Einbau eines Aufzuges zum Sitzungssaal,
Mehrkosten im Zusammenhang mit den Forderungen der Gewerkschaften.

In den nächsten Jahren müssen wir uns auf erhebliche Investitionen im Bereich der Wasser- Ver- und Entsorgung einstellen (s. Vortrag des Geologen im Betriebsausschuss). Zwangsläufig Gebührenerhöhungen.

Ich stelle dieses Aussagen voraus um zu erläutern, warum wir unter diesen Voraussetzungen die Haushaltsberatung der CDU darauf abgestellt haben, keine eigenen zusätzlichen Ausgabenverschlechterungen einzubringen.

Das soll aber nicht bedeuten, dass wir nicht auch eigene Vorstellungen zu notwendigen Ausgaben hätten. Wir haben daher folgende Vorschläge im HA zur Abstimmung eingebracht:

Begründung:

1.

Für die Unterhaltung der Straßen und Wege haben wir nicht immer die notwendige Vorsorge getroffen: mit der Begründung: Nicht Abgleiten ins HSK. Wenn es uns aber einmal finanziell besser geht, werden wir das Versäumte nachholen. Besser ist es nie geworden. Eher schlechter. Wir haben daher den Vorschlag unterbreitet, die Mittel für die Straßenunterhaltung ggfls. um 100 aufzustocken. Vorausgehen muss jedoch erst eine genaue Feststellung der Reparaturmaßnahmen und sich die daraus ergebenden notwendigen Aufwendungen.

2.

Der Verkaufserlös des Kindergartens in Gehrden wurde bereits eingeplant. Sollte der Verkauf zum Tragen kommen, müssen auch zwangsläufig finanzielle Mittel für den Umbau in der Schule zum Tragen kommen. Wir haben diese Maßnahme mit 60 TSD beziffert.

3.

Die Pachtverträge für die städt. Flächen sollten auf den Prüfstand gestellt werden. Ggfls. Kündigungen herbeiführen um bei Neuverpachtung bessere Erträge zu erzielen. Auswirkungen in diesem Haushalt keine.
Zu allen anderen im Haushalt des Jahres 2012 vorgesehenen Maßnahmen hat der BM bei der Einbringung ausreichende Erläuterungen vorgetragen. Ich erspare mir daher hierzu Aufzählungen.

Soweit meine Ausführungen und Anträge zum Haushalt 2012. Der große Knackpunkt ist und bleibt unter den Parteien jedoch die geplante und aus unserer Sicht auch zwingend notwendige Steuererhöhung. Wir wollen auch in den nächsten Jahren handlungsfähig bleiben.

Wir würden gern auf eine Steuererhöhung verzichten, wenn sich abzeichnen würde, dass in den kommenden Jahren Besserung in Sicht wäre. Leider können wir diesen Optimismus nicht teilen.

Wer glaubt denn, dass das Land uns im ländlichen Raum ernsthaft finanziell unterstützt. Das Gegenteil zeichnet sich ab.

Die Soziallasten werden immer höher und durch die deutlich gestiegene Landschaftsumlage wird auch die Kreisumlage anders ausfallen als wir es gern sehen würden, nämlich steigen.

Wir kennen ja den Landrat mit seinen finanziellen Vorstellungen aus seiner Zeit als BM bei uns. Der würde ja der kommunalen Familie gern helfen. Aber: Die Landschaftsumlage wird auch zukünftig deutlich steigen und somit auch die Kreisumlage. Ob wir es gut finden oder nicht. Die Anhebung des sozialen Standards für die Eingliederungshilfe, hat seine finanziellen Auswirkungen noch nicht gezeigt.

Bund und Land, die mit ihren Vorgaben in der Verantwortung wären, lassen uns finanziell hängen. Der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Dr. Jürgen Schneider, hat anlässlich einer Veranstaltung in Beverungen im vorigen Jahr deutlich auf die Risiken der Unterfinanzierung dieser Maßnahmen hingewiesen. Leider haben nur einige wenige heimische Kommunalvertreter an dieser Veranstaltung teilgenommen. Bei einer entsprechenden Analyse wäre es sicherlich einfacher, auf die Notwendigkeit der finanziellen Handlungsfähigkeit auch unserer Stadt hinzuweisen. Und sicher hätte er einfacher auf das Verständnis der anderen einzuwirken.

Diese Kontinuität ergibt sich nicht nur daraus, dass derjenige Anteil von Haushaltsmitteln, über die wir tatsächlich frei entscheiden können, beklagenswert niedrig ist. Noch stärker wiegt der Umstand, dass in den vergangenen Jahren eine Reihe von anspruchsvollen Programmen begonnen wurden, die auf mehrere Jahre angelegt sind, und in hohem Maße die Finanzwirtschaft unserer Stadt prägen wird.

Über die Perspektiven unserer Kommunalfinanzen eine Prognose abzugeben, ist daher heute schwieriger denn je.

Wir möchten, dass unsere Stadt auch in Zukunft handlungsfähig bleibt. Wir müssen Einnahmen und Ausgaben nach Kräften in der Waage halten.

Wir haben vor Monaten eine kleine Broschüre vom Bund der Steuerzahler mit dem Umgang von Steuergeldern erhalten. Darin wird aufgeführt, wie aus deren Sicht Einsparungen in den Kommunen möglich und erforderlich sein sollten. Wir haben in der Vergangenheit viele dieser Empfehlungen bereits umgesetzt. Alle Empfehlungen umzusetzen dazu haben wir alle keine Kraft. Denn wären alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand.

Die Verwaltung hat uns im Vorfeld der Haushaltsberatungen eine Aufstellung der Freiwilligen Leistungen überlassen. Einsparungen über rd. 530 TSD wären theoretisch möglich.

Wir brauchen uns insgesamt keine Vorwürfe machen. Ich habe keinen Ratsvertreter gehört, der hier auch nur einen einzigen Euro einsparen möchte. Wir als CDU haben vor Jahren schon einmal versucht an diesen freiwilligen Leistungen zu sparen. (Maßnahmen der Grausamkeit) Oh Gott, welch ein Aufschrei, welch eine Reaktion. Politischer Selbstmord für jeden der diesen Antrag stellen würde.

Daher gibt es für uns auch keinen Spielraum zum Einsparen mehr.

Eine Folie, die bei Einbringung des Haushalts vorgelegt wurde, zeigt, wie hoch der Griff in die allgemeine Rücklage, trotz der geplanten Steuererhöhung in den nächsten Jahren, sein muss. Diese Entwicklung wollen wir eigentlich nicht. Wir haben sie gemeinsam in den vergangenen Jahren vermieden und sind damit gut gefahren.

Trotz dieses Sparhaushaltes klafft im Ergebnisplan noch eine Lücke von rd. 1.3 MIO. Dieser Fehlbetrag würde bei einer nicht vorgenommen Erhöhung noch einmal um 330. TSD höher ausfallen.

In diesem Jahr wurden für die Leerstände in der Kernstadt und den Dörfern finanzielle Mittel über insgesamt eingestellt. Antrag der List Zukunft sofort plus 200.000,--. Also Erhöhung um 40 % .

Was dann durch die Verpflichtungen der Kommune auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen kann, erleben in diesem Jahr bereits die Einwohner im münsterländischen Selm. Dort wurden die Grundsteuern von 455 auf 825 Prozentpunkte fast verdoppelt, um wieder handlungsfähig zu werden.

Wir als CDU-Fraktion in Brakel werden alles Mögliche tun, um ähnliche Belastungen den Bürgern zu ersparen.

Wir haben es aufgrund der demografischen Entwicklung in den letzten Jahren und auch zukünftig mit massiv zurückgehenden Einwohnerzahlen zu tun. Das ist kein hausgemachtes Problem Brakels, sondern betrifft die allermeisten Kommunen im ländlichen Raum. Die Kosten unserer Infrastruktur wie Straßen, Schulen, Schwimmbäder, Kanäle, Wasserleitungen etc. müssen damit auf immer weniger Schultern verteilt werden.

Wenn wir nicht bereit sind, dieser Situation in unserem Handeln aktiv zu begegnen, werden wir als Kommunalpolitiker versagen. Wir müssen daher genau überlegen, worauf wir in unserer Gemeinde verzichten können, damit die Belastung für unsere Bürger nicht in Bereiche steigt, die sich so mancher schlicht nicht mehr leisten kann.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion wieder bei Ihnen, Herr BM und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Brakel herzlich für ihre gute Arbeit und Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken.

Mein Dank gilt natürlich auch, trotz einiger sachlicher Differenzen den Kolleginnen und Kollegen der SPD, UWG/CWG, FDP und Grünen-Fraktion. Die Zusammenarbeit war meistens gut, Kompromisse wurden gesucht und manchmal auch gefunden. Ein Großteil der Entscheidungen konnten dann schließlich auch gemeinsam getroffen werden.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen Mut bei den anstehenden Entscheidungen und dabei natürlich auch die notwendige Portion Glück.

Einige wenige Worte haben aber auch die Mitglieder der Liste Zukunft verdient.

Nach Vorlage des Haushaltsplanes durch die Verwaltung und Beratung im HA in die Presse mit Daten und Fakten zu gehen, ohne auf die Richtigkeit der Aussagen zu achten, ist schon bemerkens- aber nicht lobenswert. Das bedarf auch der Richtigstellung.

Und ich glaube, dass wir die eine oder andere getroffene Aussage von der Liste widerlegen konnten.

Steuererhöhungen vorzunehmen ist noch keinem Ratsmitglied leicht fallen. Und wurde auch nur dann erforderlich, wenn alle Einsparungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden. Sich hinzustellen: Alles halb so schlimm. Ins HSK können wir gar nicht kommen. Wir haben ja 70 Mio. Eigenkapital.

Haben sie schon einmal überlegt, woraus denn dieses Eigenkapital besteht? Virtuelles Kapital. Wer erwirbt denn schon eine Straße. Wer erwirbt unrentable Gebäude? Spielt ja alles keine Rolle! Verkaufen wir doch alles. Auch den Wald! Wollen sie denn dieses? Dann müssen sie auch diesen Antrag stellen. In ihrem Kommunalwahlkampf haben sie diese Alternative ja schon angesprochen.

Ich habe vor Wochen in Bayern, wo gerade die Wahl der Oberbürgermeister durchgeführt wurde, die Wahlaussage gelesen „Raus aus den Schulden“. Was will die Liste? Rein in die Schulden?

Ich erinnere an meine Darstellung über unsere Schuldenentwicklung. Ist dieses alles falsch gewesen? Was ist ihr Ziel? Schuldenabbau ist in aller Munde, Schuldenmacherei ist süßes Gift und schadet den nachfolgenden Generationen.

Nur nach mehr Mehrausgaben zu rufen und so tun, als seien Steuererhöhungen nicht erforderlich, kann nur als Populismus in Reinnatur bezeichnet werden. Mit solider Haushaltspolitik hat dieses Verhalten rein gar nichts zu tun. Hätten wir als CDU uns in der Vergangenheit verhalten, wären wir - wie viele andere Gemeinden - schon längst ins HSK aufgenommen worden.

Wir haben in der Vergangenheit Haushaltsdisziplin geübt, damit wir heute noch Handlungsfähig sind.

Ihre Vorstellungen können wir nur erahnen. Solide scheinen sie auf keinen Fall zu sein.

Auch wir stehen den Gewerbetreibenden der Innenstadt mehr zur Seite. Wir zahlen durch die Kreisumlage mindestens 60.000 € für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Für die Entwicklung des Innenstadtkonzeptes stehen auf unseren Antrag zusätzlich 50.000 € zur Verfügung.

Müssen sich nicht auch die Gewerbetreibenden und die Eigentümer erstrangig selbst darum bemühen und sich um geeignete Bewerber und attraktive Immobilien bemühen? Nur Ruf nach Hilfe anderer kann auf Dauer auch keine Lösung sein.